

2091/AB
vom 14.08.2025 zu 2584/J (XXVIII. GP)
Bundesministerium bmwet.gv.at
Wirtschaft, Energie
und Tourismus

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
 Bundesminister

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Walter Rosenkranz
 Parlament
 1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.479.385

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2584/J-NR/2025

Wien, am 14. August 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Michael Fürtbauer und weitere haben am 16.06.2025 unter der **Nr. 2584/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Rezession der Wirtschaft** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Wie beurteilen Sie die Einschätzung des IWF, wonach Österreich im Jahr 2025 das einzige Industrieland mit einer Rezession sein wird?*

Die österreichischen Prognoseinstitute WIFO und IHS sowie die OeNB gehen in ihren aktuellen Prognosen nicht mehr von einem BIP-Rückgang für 2025 aus, sondern von Stagnation bzw. leichtem BIP-Wachstum. Auch beim Konsumentenvertrauensindikator der Europäischen Kommission gab es im Juni eine geringe Verbesserung gegenüber Mai, der WIFO Konjunkturtest von Juni zeigt beim Index aktueller Lagebeurteilung für die Gesamtwirtschaft und auch bei den unternehmerischen Erwartungen eine geringe Verbesserung gegenüber Mai.

Zur Frage 2

- *Welche konkreten Ursachen sehen Sie für die negative wirtschaftliche Entwicklung in Österreich seit dem Jahr 2019?*

Die Weltwirtschaft erlitt bedingt durch die COVID-Pandemie einen markanten Einbruch, erholte sich aber im nächsten Jahr allerdings wieder rasch. Das gilt auch für Österreich, den Schock der Pandemie konnte die Wirtschaft rasch überwinden. In weiterer Folge traf der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit einhergehenden stark steigenden Energiepreise die österreichische Wirtschaft schwer. Dieser Energiepreisschock bremste die Erholung in der Industrie, darüber hinaus führen gestörte Lieferketten, geopolitische Krisen und die Handels- und Zollpolitik der USA zu großen Verunsicherungen in den Unternehmen. Als Exportland leidet die österreichische Wirtschaft darunter. Laut WIFO haben wir es derzeit mit einer Industrie- und damit Exportrezession zu tun, allerdings lässt sich die Schwäche der heimischen Industrie nicht an einzelnen Branchen festmachen. Der Grund für die Schwäche der Industrie ist laut WIFO insbesondere der schwachen Nachfrage aus dem In- und Ausland als auch den Wettbewerbsnachteilen geschuldet. Die Wettbewerbsnachteile ergeben sich laut WIFO vor allem aufgrund der im europäischen Durchschnitt höheren Energiepreise und Lohnstückkosten.

Zur Frage 3

- *Welche konkreten Maßnahmen haben Sie seit Regierungsantritt gesetzt, um Investitionen - insbesondere im Bausektor- zu fördern?*

Im Regierungsprogramm ist klar festgehalten: Die Bundesregierung bekennt sich zur Stärkung der Baukonjunktur (Neubau und Sanierung) mit Fokus auf leistbaren Wohnraum sowie zur wirtschaftlichen Bedeutung eines funktionierenden Bau- und Immobiliensektors, auch zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Insbesondere um die schwache Baukonjunktur zu stützen, werden halböffentliche und öffentliche Investitionen nach Möglichkeit in der bestehenden Budgetrahmenplanung vorgezogen bzw. beschleunigt – mit einem besonderen Fokus auf den Hochbau. Darüber hinaus enthält das Regierungsprogramm eine Vielzahl anderer Maßnahmen, die ebenfalls relevant sind für den Bausektor, insbesondere Entbürokratisierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

An konkreten Maßnahmen ist dabei zunächst die Verlängerung der Schwellenwerteverordnung bis 31. März 2026 zu nennen, womit die Ausschreibung von Bauaufträgen bis zu einem Schwellenwert von € 1 Mio. weiterhin ohne vorherige Bekanntmachung möglich ist.

Die Burghauptmannschaft Österreich (BHÖ) investiert im Jahr 2025 rund € 73 Mio. in die Erhaltung, Bewirtschaftung und Belebung des baukulturellen Erbes der Republik Österreich. Dazu gehören insgesamt 107 Liegenschaften an 83 Standorten. Diese Investitionen fließen direkt an die österreichische Bauwirtschaft, vor allem in Form von Aufträgen an kleine und mittlere Betriebe, und schaffen Arbeitsplätze in den Regionen. Als konkrete Beispiele sind dabei die laufende Sanierung des Palais Rottal, die Fassadensanierung des Oberen Belvedere sowie die Generalsanierung der Prunkräume und Büros im Palais Starhemberg zu nennen. Bei allen Bauprojekten der BHÖ steht eine zeitgemäße, nachhaltige Bewirtschaftung historischer Liegenschaften im Mittelpunkt, bei der im Spannungsfeld zwischen Denkmalschutz, moderner Nutzung und Effizienz großer Wert auf wirtschaftliche, zweckmäßige und flexible Lösungen gelegt wird.

Die Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. investiert in Raum für Bildung, Wohnen und Sicherheit. Für die Jahre 2025 bis 2027 sind Standortinvestitionen in Österreich in Höhe von rund € 3 Mrd. geplant. Dazu gehören Großbauprojekte für Schulen, Universitäten und Sicherheitseinrichtungen sowie für Wohn- und Büroinfrastruktur, wie etwa der MedUni Campus Mariannengasse, das Village im Dritten und das Sicherheitszentrum des Bundesministeriums für Inneres in Wien. Zusätzlich sind Investitionen in Dekarbonisierung des Bestandsportfolios im Ausmaß von € 2 Mrd. bis 2040 vorgesehen.

Zur Frage 4

- *Wie hoch waren die staatlichen und privaten Investitionen im Bausektor in den Jahren 2019 bis 2024 jeweils in absoluten Zahlen und im Verhältnis zum BIP?*

Laut Verwendungsrechnung des BIP gemäß Statistik Austria stellen sich die Investitionen in "Wohnbauten" und "Sonstige Bauten" von 2019 bis 2024 sowie ihr Anteil am BIP und ihr Anteil an den gesamten Bruttoinvestitionen folgendermaßen dar (in € Mrd., laufende Preise):

	Wohnbauten	Sonstige Bauten	Brutto Investitionen Summe	BIP	Wohnbauten: Anteil am BIP	Sonstige Bauten: Anteil am BIP	Wohnbauten: Anteil an Brutto-investitionen	Sonstige Bauten: Anteil an Brutto-investitionen
2019	22,76	22,91	100,94	395,7	5,75%	5,79%	22,55%	22,70%
2020	22,95	22,27	97,56	380,3	6,03%	5,86%	23,52%	22,83%
2021	25,39	24,77	112,42	406,2	6,25%	6,10%	22,58%	22,03%
2022	28,79	26,38	130,94	448,0	6,43%	5,89%	21,99%	20,15%
2023	27,24	26,38	120,24	473,2	5,76%	5,57%	22,65%	21,94%
2024	25,9	26,26	110,54	484,2	5,35%	5,42%	23,43%	23,76%

Für staatliche Investitionen ist auf die Budgetbeilagen des BMF zu verweisen, insbesondere die Infrastrukturbilag 2025/2026.

Zur Frage 5

- *Aus welchen Gründen gingen Investitionen im Bausektor so stark zurück?*

Anhand der Daten für Baubewilligungen ist ein Abschwung im Wohnbau bereits seit 2019 zu beobachten, der Rückgang war insbesondere hohen Baukosten und Zinsen geschuldet. 2024 war das fünfte negative Jahr bei Baubewilligungen. Für die Bauwirtschaft gibt es mittlerweile leichte Lichtblicke, das Konjunkturprogramm sollte 2025 und 2026 Impulse bringen, zudem geht die Zinswende weiter, wenn auch langsam. Aktuelle Daten zeigen ebenfalls nach oben: laut Eurostat ist die Produktion im Baugewerbe im April 2025 sowohl gegenüber dem Vormonat (+1,2%) als auch gegenüber dem Vorjahr (+2,3%) gestiegen.

Zur Frage 6

- *Gibt es konkrete Pläne, Investitionshemmisse durch gesetzliche oder steuerliche Anreize gezielt abzubauen?*

Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Bürokratiebremse sowie zur transparenten Darstellung von Bürokratiekosten. Dazu wird ein jährlicher Entbürokratisierungsbericht vorgelegt. Auch die einheitliche Vollziehung von Bundesgesetzen für eine Verbesserung der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit wird seitens der Bundesregierung forciert. Darüber hinaus wird im Rahmen der Reformpartnerschaft gemeinsam mit Ländern und Gemeinden an Verwaltungsvereinfachungen, Bürokratieabbau sowie der Beschleunigung von Behördenverfahren gearbeitet.

Auch die Industriestrategie, die sich derzeit in Ausarbeitung befindet, adressiert dieses Thema. Ziel ist es, der Industrie langfristige Planungssicherheit zu geben, um Investitionshemmisse zu unterbinden und Leistung und Wettbewerbsfähigkeit als Stärken Österreichs zu erhalten und auszubauen.

Zur Frage 7

- *Warum wurde trotz jahrelanger Warnungen und bekannter struktureller Schwächen keine spürbare Wende in der Wirtschaftspolitik eingeleitet?*

Die Bundesregierung bekennt sich klar zu einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik. Daher setzt sie Maßnahmen, um die unternehmerische Freiheit, Innovationskraft, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in und für Österreich zu sichern.

Die Bundesregierung orientiert ihre Wirtschaftspolitik an Leitlinien, die im Bewusstsein eines konsequenten Kurses der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte den Standort stärken, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen fördern, die klein- und mittelbetrieblich organisierte Volkswirtschaft entlasten und zentrale Strukturen modernisieren. Damit wird der Grundstein für langfristiges und stabiles Wachstum gelegt.

Zur Frage 8

- *Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen planen Sie konkret, um Österreich aus der prognostizierten Rezession zu führen?*

Bereits im März 2025 wurde ein Mittelstandspaket beschlossen, mit dem Ziel, den Auswirkungen der Rezession sowie den hohen Kosten für die Unternehmen gezielt entgegenzuwirken und die heimische Wirtschaft zu stärken. Im Zuge der Standortoffensive werden die Förderung von Investitionen, Innovation und Internationalisierung forciert. Als längerfristige und umfassende Maßnahmen wird es eine Industriestrategie sowie eine Grundsatzreform des österreichischen Energiesystems geben. Darüber hinaus wird am Abbau bürokratischer Hürden und an Erleichterungen von Genehmigungsverfahren gearbeitet. Die Industriestrategie wird auch die Eckpfeiler für die von der Bundesregierung angestrebte Schlüsseltechnologieoffensive setzen.

Zudem wird das bewährte und seit langem bestehende Instrument zur Förderung von Export und internationaler Wettbewerbsfähigkeit, "go-international", gestärkt, indem die Reichweite und Wirkung von "go-international" durch zusätzliche finanzielle Mittel in Form eines Chancenpaketes ausgeweitet werden. Die Aufstockung ermöglicht es, mehr Unternehmen zu fördern und gezielter auf Marktchancen einzugehen. Das neue Chancenpaket enthält ein breites Maßnahmenbündel: Messeförderungen, Veranstaltungen mit Fokusregionen, Kooperationsförderungen mit Drittstaaten, branchenspezifische Marktanalysen, Förderungen für Projektgeschäfte sowie die bewährten Direktförderungen mit 50 % Ko-Finanzierung.

Im Zuge des Doppelbudgets 2025 und 2026 hat mein Ressort einen klaren Schwerpunkt auf Wachstum und Innovation gesetzt. Die Investitionen meines Ressorts für Forschung, Innovation sowie zentrale Schlüsseltechnologien wurden auf hohem Niveau abgesichert.

Zur Frage 9

- *Wie schätzen Sie die Rolle der österreichischen Energie-, Steuer- und Förderpolitik im Zusammenhang mit der Investitionszurückhaltung ein?*

Laut der aktuellen WIFO-Prognose sind die Rückgänge bei den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen einerseits eine Folge der fiskalpolitischen Konsolidierung und andererseits der anhaltenden Rezession in der Industrie geschuldet. Diverse Vertrauensindikatoren deuten auch darauf hin, dass die Unsicherheit nach wie vor sehr groß ist, insbesondere aufgrund der vielfältigen geopolitischen Krisenherde. Demgegenüber werden laut WIFO die Investitionen in immaterielle Anlagegüter 2025 weiter expandieren.

Die österreichische Energiepolitik spielt eine zentrale Rolle bei der Wiederbelebung der Wirtschaft, insbesondere durch die Umsetzung der Leuchtturmgesetze des Regierungsprogramms: Elektrizitätswirtschaftsgesetz (ElWG), Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG), Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) und Erneuerbares-Gas-Gesetz (EGG). Diese Gesetze fördern den raschen abgestimmten Ausbau erneuerbarer Energien, bieten Investitionsanreize & -sicherheit und setzen wichtige Impulse für den Umbau der Energieinfrastruktur. Für die Wirtschaft ergeben sich daraus erhebliche Vorteile: Planungssicherheit für Unternehmen, neue Geschäftsmöglichkeiten in der Energiewirtschaft sowie mittel- bis langfristig reduzierte Energiekosten. Darüber hinaus stärken diese Maßnahmen die Versorgungssicherheit und verringern die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten. Die Energiepolitik trägt somit wesentlich dazu bei, Investitionshemmnisse abzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich zu erhöhen.

Zur Frage 10

- *Welche konkreten Schritte werden gesetzt, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu verbessern?*

Grundlegendes Ziel der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus im Besonderen ist es, Leistung und Wettbewerb zu fördern, einen Fokus auf die Stärkung des Wirtschaftsstandorts zu legen und Österreich im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit wieder auf die Überholspur zu bringen. Im Einzelnen können dazu folgende Projekte und Maßnahmen genannt werden:

Mit der Industriestrategie erarbeitet das Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) gemeinsam mit dem BMIMI sowie dem BMEIA aktuell eine langfristige Standortvision, um Unternehmen mehr Planungssicherheit zu geben. Im Rahmen der Industriestrategie werden zudem konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts definiert. Des Weiteren ist auf die Umsetzung von drei Leuchtturmgesetzen im Energiebereich, die in der Beantwortung der Frage 9 bereits näher beschrieben wurden, zu verweisen.

Das BMWET setzt sich darüber hinaus auf EU-Ebene aktiv dafür ein, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union und damit auch Österreich zu stärken. Mit dem "Wettbewerbsfähigkeitskompass" und dem "Clean Industrial Deal" wurden in den letzten Monaten auch auf europäischer Ebene wichtige Maßnahmenpakete zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft vorgelegt.

Ziele des "Wettbewerbsfähigkeitskompass" sind die Schließung der Innovationslücke zu anderen Wirtschaftsmächten, die Dekarbonisierung sowie die Verringerung von Abhängigkeiten und Erhöhung der wirtschaftlichen Sicherheit. Insgesamt enthält der Wettbewerbsfähigkeitskompass rund 50 Maßnahmen, die in den kommenden zwei Jahren vorgelegt werden sollen. Darüber hinaus sollen auch der Bürokratieabbau, schnellere und einfachere (Genehmigungs-)Verfahren sowie die Vertiefung des Binnenmarkts eine wichtige Rolle spielen.

Aufbauend auf sechs Säulen (leistbare Energie, führende Märkte, Finanzierung, Kreislaufwirtschaft und Zugang zu Materialien, globale Märkte und internationale Partnerschaften sowie Skills) setzt der Clean Industrial Deal zentrale industriepolitische Zukunftsmaßnahmen, v.a. für die energieintensiven Industrien, Clean-Tech und Kreislaufwirtschaft. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Industriesektoren und Stärkung der Diversifikation von Liefer- und Wertschöpfungsketten sowie ein erleichterter Zugang zu Förderungen und der Ausbau der Energieinfrastruktur sollen u.a. die energieintensiven Industrien unterstützen und langfristig wettbewerbsfähige Energiepreise sichern.

Mit dem am 25.6.2025 präsentierten "Clean Industrial Deal State Aid Framework" (CISAF) vereinfacht die EK die Regeln für staatliche Beihilfen. Damit werden einerseits schnellere und flexiblere Beihilfenverfahren für die Bereiche erneuerbare Energie und saubere Technologien und andererseits neue Förderungsmöglichkeiten (Stromkosten für energieintensive Industrie) möglich sein. Der neue Beihilferahmen ersetzt den seit 2022 geltenden Befristeten Krisenrahmen (TCTF) und wird bis Ende 2030 in Kraft sein.

Seit Jahresbeginn wird auch auf EU-Ebene intensiv an der Entbürokratisierung und Vereinfachung von komplexen EU-Rechtsrahmen gearbeitet. Diese Maßnahmenpakete (sog. Omnibusse) sollen massiv zur Entlastung von Unternehmen, insbesondere KMU, beitragen. Erste Maßnahmen fokussierten sich auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), Sorgfaltspflichten (CSDDD), CBAM und EU-Taxonomie. Weiters sind nun zusätzliche Omnibuspakete zu Small Mid-Caps (mittelgroße Unternehmen), zur Verteidigungsbereitschaft sowie zur Agrarpolitik in Verhandlung.

Darüber hinaus ist auf die Beantwortung zu Frage 8 zu verweisen.

Zur Frage 11

- *Wie beurteilen Sie die mittelfristige Wachstumsprognose für Österreich in den Jahren 2026 bis 2030?*

Das letzte WIFO Update der mittelfristigen Prognose wurde im Monatsbericht April veröffentlicht. Darin wird prognostiziert, dass Österreichs Wirtschaft im Zeitraum 2025/2029 jährlich um knapp 1% wachsen wird. Das WIFO resümiert, dass Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme das Wirtschaftswachstum in Österreich hemmen.

Zur Frage 12

- *Welche Lehren ziehen Sie aus der seit Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase für die zukünftige Standortpolitik?*

Nach Corona und den Verwerfungen auf den Energiemarkten wird es in Zukunft mehr denn je darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere des exponierten exportorientierten Sektors in den Fokus der Wirtschaftspolitik zu rücken, Innovation, Transformation und Nachhaltigkeit zu forcieren und in budgetreagiblen Bereichen Fortschritte in der Strukturpolitik zu erzielen.

Die gemeinsame Vision für die Zukunft orientiert sich am Bild Österreichs als erfolgreiches Industrieland, als Standort der Wahl für heimische und ausländische Unternehmen und Investoren, exportorientiert und eingebettet in einen starken europäischen Binnenmarkt.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

